



Arbeitsmarkt

SPD-Nabelschau kostet Arbeitsplätze

„Der weltweite Aufschwung geht am deutschen Arbeitsmarkt vorbei.“

Zu dieser Einschätzung kommt CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer im Hinblick auf die Arbeitslosenzahlen für den Monat Juni 2004. Ohne die frisierte Arbeitsmarktstatistik wäre die amtliche Zahl der Arbeitslosen auch im Juni

um 61.900 gestiegen. Seit Kriegsende waren noch nie so viele Menschen in einem Juni arbeitslos wie in diesem Jahr. Das bestätigt auch die Bundesagentur für Arbeit.

Der Schuldige ist offenkundig: „Das ist Folge der immer stärkeren Lähmung, die Deutschland unter Rot-Grün erfasst“, so Meyer. ▶

INHALT

Volker Kauder:
„Von wegen Blockade“
Seite 3

Katherina Reiche:
Vorbild Finnland
Seite 5

Dokumentation
Die Ergebnisse im
Vermittlungsausschuss
Innenteil

HEUTE AKTUELL

■ Wolfgang Schäuble mit Hermann-Ehlers-Medaille geehrt (Seite 6) ■ Gesamtsicherheitskonzept zur Verzahnung der inneren und äußeren Sicherheit (Seite 7–8) ■ Landeshaushalt Niedersachsen (Seite 9) ■ Bis zu zwei Jahre Haft für „Stalking“ (Seite 10) ■ Rüttgers mit 98 Prozent als Landtagskandidat nominiert (Seite 10) ■ Kabinettsumbildung in Baden-Württemberg (Seite 11) ■ Gesetzesinitiative für islamistische Anti-Terrordatei (Seite 11) ■ Gerda Hasselfeldt zu EU-Agrarreform (Seite 12) ■ Hartmut Koschyk und Katharina Reiche zur Abwehr bioterroristischer Gefahren (Seite 12) ■ Peter Götz zur Kinderbetreuung in Kommunen (Seite 13) ■ Norbert Röttgen zur EU-Gendatei (Seite 14) ■ Dietrich Austermann und Thomas Kossendey zum Herkules-Projekt des BMVg (Seite 15-16)

► Die SPD-Spitze könne sich nicht entscheiden, ob sie etwas für unser Land tun oder in erster Linie die Partei retten wolle. Während Schröder, Müntefering und ihre Freunde von den Gewerkschaften über den Schulterschluss der Arbeiterbewegung debattierten, gehe jede Viertelstunde ein Unternehmen in die Pleite.

„Eine Politik für Arbeit und Wachstum findet angesichts der sozialdemokratischen Nabelschau nicht mehr statt“, konstatiert der Generalsekretär. Noch schlimmer sei, dass die SPD in ihrer Zerrissenheit nur noch auf symbolische Politik setze. „Ideologische Prestigeprojekte sollen die Parteilinke befriedigen, verunsichern aber Bürger und Unternehmen immer mehr“, so Meyer. Die schlimmen Folgen müssten die Arbeitslosen tragen. Und dies vor allem in den neuen Ländern.

„Deutschland und die Arbeitslosen in diesem Land können sich weitere Stagnation nicht leisten. Es ist notwendig, Veränderungen am Arbeitsmarkt, bei

Steuer- und Sozialsystemen jetzt anzugehen“, forderte Meyer.

Schwerwiegende Konsequenzen der hohen Arbeitslosigkeit sieht Karl-Josef Laumann, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Wirtschaft und Arbeit, für unseren Sozialstaat. „Ich finde es zudem alarmierend, dass die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Jobs trotz der jahresbedingten Wirtschaftsbelebung deutlich einbricht. Allein in den vergangenen zwölf Monaten sind 585.345 Arbeitsplätze weggefallen, die unseren Sozialstaat mit-finanziert haben. Wenn ein Volk mit 82 Millionen Einwohnern nur noch 26,3 Millionen Beschäftigte hat, dann erodiert das Fundament seiner Wirtschaftsordnung“, so Laumann. Es sei unerträglich, dass Rot-Grün ganz gezielt versuche, die deutsche Öffentlichkeit über das Ausmaß ihres Versagens zu täuschen. „Wir brauchen keine Gesetze für Statistik-Tricks, sondern Gesetze, die Arbeit schaffen“, so der Arbeitsmarkt-Experte.

IMPRESSUM



UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 030-22070-372, e-mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 02226-802-0, Telefax 02226-802-111-333. Vertrieb: Telefax 02226-802-213, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Profflich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Volker Kauder:

Konstruktive Opposition

Wieder ist ein Verhandlungsmarathon im Vermittlungsausschuss zu Ende gegangen. Es stand viel auf dem Spiel und entsprechend waren Anspannung und Konzentration. Dabei spitzten sich die Verhandlungen nach und nach auf die entscheidende Frage zu, ob Rot-Grün zu echten Reformen oder lediglich zu kosmetischen Korrekturen bereit ist.

Im Ergebnis kann wie seit vielen Monaten folgendes Fazit gezogen werden: Wenn die A-Seite uns entgegenkommt und bereit ist, die festgefahrenen Strukturen gemeinsam mit uns aufzubrechen, dann bekommt sie auch unsere volle Unterstützung.

Trotzdem wurde in den letzten Monaten von den Medien immer wieder der Vorwurf erhoben, wir würden blockieren. Davon kann jedoch bei Lichte besehen keine Rede sein. Kein Gesetz ist in dieser Legislaturperiode an der Union gescheitert. Die Union ist die konstruktivste Opposition aller Zeiten. Wir verhandeln hart in der Sache, aber immer mit dem Ziel, den größten Unsinn zu verhindern



und die Gesetze besser zu machen. Am Ende der Verhandlungen tragen die Gesetze dann sichtbar auch die Handschrift der Union.

Ich will dies an zwei Beispielen deutlich machen. Beim Zuwanderungsgesetz stand am Beginn das erklärte Ziel von Rot-Grün, aus Deutschland ein Multikulti-Land ohne echte Zuwanderungsbegrenzung zu machen. Erst nachdem die Koalition sich eine Niederlage vor dem Bundesverfassungsgericht eingehandelt hatten, war Rot-Grün bereit, mit der Union inhaltlich zu verhandeln. Die Union hat dabei erreicht, dass eine Zuwanderung nur im Rahmen der Aufnahme- und Integrationsfähigkeit des Landes erfolgt, die Zuwanderung wirklich gesteuert wird, eine arbeitsmarktpoli-

tische Zuwanderung nur bei echtem Bedarf stattfindet und vor allem die Integration gerade auch der bereits hier lebenden Ausländer verbessert wird. Auch die von der Union stets geforderten sicherheitsrechtlichen Bestimmungen konnten vollständig durchgesetzt werden, leider erst nach dem tragischen Terroranschlag in Madrid, denn erst dann hat auch Rot-Grün begriffen, dass von ihrer Ausländerpolitik auch Gefahren ausgehen können. Insgesamt ist es also zu einem Kompromiss gekommen, der um vieles besser ist als das ursprüngliche Gesetz und diese Verbesserungen tragen die deutliche Handschrift der Union.

Das zweite Beispiel betrifft Hartz IV, die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Dies ist seit Jahren ein Projekt der Union gewesen. Der Gesetzentwurf von Rot-Grün sah jedoch eine ausschließliche Zuständigkeit der Bundesagentur für Arbeit vor. Die widersprach diametral den Vorstellungen der Union, die sich stets für eine Zuständigkeit der Kommunen eingesetzt hatte, da diese

wegen der größeren Nähe zu den „Kunden“ besser wissen, wie man Menschen wieder in Lohn und Brot bringt. Die Union stand damals vor einer Zerreißprobe, denn eigentlich wollte sie dieses Gesetz, aber nicht so. Im Vermittlungsausschuss wurde damals der Kompromiss einer Optionsklausel gefunden, d.h., Kommunen sollten die Chance erhalten, die Vermittlung von Langzeitarbeitslosen selbst zu gestalten, sofern sie dies wünschen. Bei der Umsetzung der Optionsklausel ist Rot-Grün jedoch zum dritten Mal wortbrüchig geworden. Wie schon bei der Maut und bei Koch-Steinbrück haben sie sich nicht an die Abmachungen des Vermittlungs-

ausschusses gehalten. Dies hat die Union nicht mitgemacht. Da auch die angekündigten Finanzmittel für die Kommunen weit unter den Zahlen lagen, die die Kommunen für unbedingt erforderlich hielten, hat die Union auch zu diesem Gesetz den Vermittlungsausschuss bemüht, um eine Verbesserung des Gesetzes zu erreichen. Und dies ist auch gelungen. Nunmehr dürfen immerhin 69 Kreise und kreisfreie Städte zeigen, dass die kommunalen Konzepte zur Vermittlung von Arbeit besser sind als die von Rot-Grün. Sie sind weisungsunabhängig und erhalten die gleiche Finanzausstattung wie bei einer Vermittlung durch die Bundes-

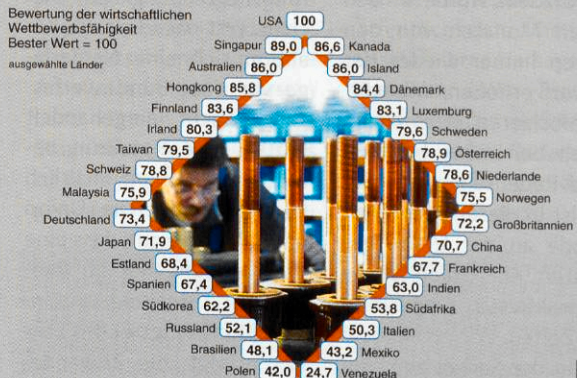
agentur für Arbeit. Insgesamt wird den Kommunen ein Finanzvolumen von 3,2 Mrd. € zur Verfügung gestellt statt der bisher angebotenen 2,5 Mrd. €. Diese Erfolge sind nicht selbstverständlich, sondern Ergebnis langwieriger, zeitraubender und kräftezehrender Verhandlungen. Aber am Ende zählt das Ergebnis. Das lautet auch hier: ein Kompromiss, der sich sehen lassen kann, der die deutliche Handschrift der Union trägt.

Die Beispiele zeigen: Die Union blockiert nicht, sie zeigt sich vielmehr verantwortungsbewusst, indem sie an der Gesetzgebung mitwirkt und dabei sogar in Oppositionszeiten Unionspolitik umsetzt.

„STANDORT DEUTSCHLAND“ NUR IM MITTELFELD

Die USA sind das wettbewerbsfähigste Land der Welt. Das ist das Ergebnis einer Erhebung des Instituts für Management-Entwicklung (IMD) in Lausanne. Mit deutlichem Abstand folgen Singapur und Kanada. Deutschland liegt mit 73,4 Punkten lediglich im Mittelfeld. Ausschlaggebend sind 323 Kriterien, von den Arbeitskosten bis hin zur sozialen und politischen Stabilität.

Standorte auf dem Prüfstand



Quelle: IMD

Stand 2004

© Globus (922)

Katherina Reiche:

Vorbild Finnland

Wie schafft das nur das kleine Finnland? Während hierzulande die regierenden Sozialdemokraten auf dem dünnen Brett zwischen Reformnotwendigkeit und Klientelpflege balancieren, sind einige von ihnen in Finnland, um Hoffnung zu schöpfen. Das hat sozialdemokratische Tradition: erst das „schwedische Volksheim“, jetzt Finnland.

Die Lage zuhause wird langsam kritisch. Massiv zurückgehende Einnahmen der öffentlichen Haushalte, weiter ungelöste Strukturprobleme am Arbeitsmarkt, die Verwerfungen in den Sozialsystemen bedrohen Wohlstand uns soziale Sicherheit in Deutschland.

Die Agenda 2010 ist halbherzig und mutlos, und dennoch laufen der Sozialdemokratie Wähler und Mitglieder davon. Die Enttäuschung sitzt tief, weil man über Jahrzehnte einer Utopie gefolgt ist, die nun offenkundig zerplatzt. Umverteilung und immer kürzere Arbeitszeiten schaffen eben auf Dauer weder Arbeitsplätze noch Wohlstand für alle.

Wir brauchen in unserem Land eine grundlegende Kurskorrektur, Reformen, die den



Namen wirklich verdienen. Schlimm, dass die SPD selbst nicht mehr weiß, was zu tun ist. Sie braucht offenkundig Rat von außen. Nun also Finnland.

Finnland gehört heute zu den europäischen Staaten mit dem höchsten Wirtschaftswachstum und der höchsten Wettbewerbsfähigkeit. Während wir in diesem Jahr ein Wirtschaftswachstum von rund ein Prozent und ein Haushaltsdefizit von knapp vier Prozent erwarten, wächst die Wirtschaft in Finnland um 3,4 Prozent.

Wie konnten sich die Finnen zu einem der Musterknaben Europas entwickeln? Als Anfang der 90er Jahre der gesamte finnische Osthandel zusammenbrach, die Arbeitslosigkeit innerhalb von drei Jahren von 3,2 auf

17,4 Prozent (1993) stieg, die Staatsverschuldung sich vervierfachte, haben die Finnen die Ursachen der Strukturkrise pragmatisch, konsequent und zielstrebig bekämpft und ihre volkswirtschaftlichen Ressourcen auf die Zukunft ausgerichtet.

Durch auf Konsens basierende Sozialstaatsreformen, z.B. im Gesundheitswesen und der Arbeitslosenversicherung wurde der Staat wieder handlungsfäh gemacht.

Heute sind die Arbeitskosten in Finnland um 15 Prozent niedriger als in Deutschland. Die in Finnland traditionell starken Gewerkschaften - 80 Prozent der Arbeitnehmer sind gewerkschaftlich organisiert - vereinbarten mit den Arbeitgebern statt Lohnerhöhungen drei Nullrunden. Spätere Lohnsteigerungen lagen unter der Produktivitätsentwicklung.

Durch Senkung der Unternehmenssteuern, Deregulierung und Privatisierung von staatseigenen Unternehmen wurden Innovations- und Wachstumskräfte freigesetzt. Schließlich haben die Finnen durch eine konsequente Haushaltskonsolidie-

rung ihre Staatsverschuldung drastisch reduziert.

Gleichzeitig steigerten die Finnen ihre Bildungsausgaben. Frei werdende Mittel wurden konsequent in Bildung sowie in Forschung und Entwicklung investiert. Während der Anteil von Forschung und Entwicklung am Bruttoinlandsprodukt in Finnland 3,5 Prozent beträgt, sind es in Deutschland gerade mal 2,5 Prozent. Heute ist die Zahl

der Schüler und Studenten doppelt so hoch, wie vor 10 Jahren. 72 Prozent der finnischen Abiturienten studieren, in Deutschland sind es 32 Prozent.

Die Finnen investieren 1,7 Prozent ihres Bruttoinlandsproduktes in ihre Hochschulen, in Deutschland sind es ein Prozent. In Finnland kommen 9,8 Wissenschaftler auf je 1000 Einwohner, das ist Weltspitze! Finnland war Bester bei PI-

SA, Deutschland hat kläglich abgeschnitten.

Um das zu erfahren, muss man nicht nach Finnland fahren. Ohnehin ist das mit den Vergleichen so eine Sache. Wenn also für die Sozialdemokraten in Finnland etwas zu lernen ist, dann ist es der Abschied von der Utopie. Die regierenden Sozialdemokraten könnten auch lernen, dass Wohlstand von Arbeit kommt.

WOLFGANG SCHÄUBLE MIT HERMANN-EHLERS-MEDAILLE GEEHRT

Der Bundesvorsitzende des EAK, Thomas Rachel, hat dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU, Dr. Wolfgang Schäuble, die Hermann-Ehlers-Medaille des EAK verliehen. Die Verleihung fand in Hannover im Rahmen der 41. Bundestagung des EAK statt.

Bundestagspräsident Dr. Hermann Ehlers (1904-1954) war Begründer und erster Bundesvorsitzender des EAK. Mit der Hermann-Ehlers-Medaille, die in diesem Jahr zum ersten Mal verliehen wurde, möchte der EAK Persönlichkeiten aus Politik und Kirche ehren, die sich in besonderer Weise „Verdienste in evangelischer Verantwortung vor



Gott und den Menschen“ erworben haben. In seiner Laudatio hob Rachel die Verdienste Schäubles für Deutschland hervor, die er sich insbesondere beim Prozess der deutschen Wiedervereinigung erworben habe. Schäuble zeichne sich durch die Verbindung von politischem Realismus, nüchterner analytischer Sachlichkeit und

einer festen werteverbindlichen Glaubensüberzeugung aus. Zudem habe er bei politischen Entscheidungen immer wieder eine profilierte Unabhängigkeit bewiesen, die er gegenüber einer bloßen Bindungslosigkeit bewusst abzugrenzen verstanden habe. In diesem Sinne stehe Schäuble in geistiger Tradition von Hermann Ehlers.

Gesamtsicherheitskonzept zur Verzahnung der inneren und äußeren Sicherheit

Seit den Anschlägen vom 11. September 2001 wird verstärkt die Frage diskutiert, welche Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit nötig und möglich sind.

Die Bedrohungslage durch den islamistischen Extremismus und Terrorismus – insbesondere in einer potenziellen Verbindung mit Massenvernichtungswaffen – ist akut und zwingt zum Handeln. Die Anschläge vom 11. März 2004 in Madrid haben deutlich gemacht, dass sich Europa von einem Ruhe- und Rückzugsraum für islamistische Terroristen zu einem Zielraum entwickelt hat. Auch unser Land kann als Aktionsraum für terroristische Anschläge nicht ausgeschlossen werden. Es gibt auch auf deutschem Territorium, so zeigen die Verfassungsschutzberichte, regionale Gruppen, die mit dem Netzwerk Al Quaida in Verbindung stehen.

Deshalb hat der CDU-Bundesfachausschuss Sicherheitspolitik unter der Leitung von Friedbert Pflüger ein „Gesamtsicherheitskonzept zur Verzahnung der inneren und äußeren Si-



Friedbert Pflüger

cherheit“ erarbeitet, das die Optimierung der Sicherheitsstrukturen in Deutschland zum Ziel hat.

Kernforderungen sind:

- Einführung eines Nationalen Sicherheitsrates, der als politisches Analyse- und Entscheidungszentrum auf der Ebene der politischen Entscheidungsträger aus Bund und Ländern arbeitet. Darunter verstehen wir nicht eine neue Super-Behörde. Der Nationale Sicherheitsrat gewährleistet zum einen eine umfassende, ressortübergreifende Analyse möglicher Bedrohungen für die innere und äußere Sicherheit und zum anderen die Koordination der

Einleitung geeigneter Abwehrmaßnahmen und Notfallplanungen sowie des Einsatzes aller Kräfte der Abwehr, des Schutzes und der Bewältigung von Katastrophen, wenn Katastrophen die Fähigkeiten einzelner Länder überfordern.

- Zu schaffen ist ein umfassender Datenaustausch zwischen den Sicherheitsbehörden der Länder und des Bundes sowie besonders dringendes des Bundes untereinander. Nötig ist ein unmittelbarer Zugriff aller Sicherheitsbehörden auf alle wesentlichen Analyseergebnisse aus Bund und Ländern.

- Weiterhin muss eine qualitativ hochwertige Datei gerade zu Vorfelderkenntnissen im Bereich des islamistischen Extremismus und insbesondere Terrorismus (Islamisten-Datei) mit behördenübergreifenden Zugriffsrechten eingerichtet werden. Eine gesetzliche Verpflichtung der Zulieferung und Pflege muss den Bundesnachrichtendienst (BND) und den Militärischen Abschirmdienst (MAD), die Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern, das Bundeskriminalamt (BKA)

und die Landeskriminalämter sowie den Zoll erfassen.

- Es ist eine nationale Küstenwache zu schaffen, bei der alle Kompetenzen zur Gefahrenanalyse und -abwehr für alle deutschen Hoheitsgewässer gebündelt werden.

- Die Bundeswehr muss zur Stärkung der inneren Sicherheit im Bereich des Heimatschutzes in besonderen Gefährdungslagen mit ihren spezifischen Fähigkeiten ergänzend zu Polizei und Bundesgrenzschutz im Inland eingesetzt werden können. Hierfür sind klare Rechtsgrundlagen zu schaffen und Zuständigkeiten anzupassen. Die Streitkräfte sollten für Aufgaben herangezogen werden können, die vor allem hohen Personal- und Sachaufwand erfordern, der in der Bundeswehr abrufbereit und gut geführt zur Verfügung steht. Hierzu zählen z.B. Schutz und Sicherung militärischer und ziviler Objekte der Infrastruktur, Evakuierungen, Sperrung von Räumen, Betreuung und Versorgung von Evakuierten oder Flüchtlingen, Verkehrslenkung, Trümmerbeseitigung, Bau von Deichen, Bekämpfung von Bränden, Hilfsmaßnahmen bei allen Pionierleistungen. Dabei darf die Bundeswehr nur im Rahmen klarer Grenzen und

aufgrund der eindeutigen Definition von Schutzzielen eingesetzt werden. Welche Aufgaben der Bundeswehr dann zur eigenverantwortlichen Erfüllung zugewiesen werden, entscheidet – nur mit Zustimmung des Bundesministers der Verteidigung in jedem Einzelfall – ausschließlich die zivile Innenbehörde.

- Zivilschutz und Katastrophenschutz sind zusammenzuführen, da die derzeitige Kompetenzaufteilung den heute vorstellbaren Bedrohungen nicht mehr gerecht wird. Zum Schutz der Bevölkerung brauchen wir das länderübergreifende, bundeseinheitliche Zusammenwirken aller verantwortlichen Sicherheitskräfte. Das neu geschaffene „Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe“ ist zu stärken und umzubauen: Es müssen ihm auch operative Aufgaben übertragen werden.

- Soweit gefährliche extremistische Ausländer, die rechtskräftig ausgewiesen wurden, wegen rechtlicher oder tatsächlicher Gründe nicht abgeschoben werden können, muss die Möglichkeit der Freiheitsbeschränkung bis hin zu einer zeitlich begrenzten Sicherungshaft geschaffen werden.

- Eine EU-Zentrale zur bes-

seren Koordinierung der nationalen Geheimdienste, die später zu einem europäischen Geheimdienst ausgebaut werden kann, muss eingerichtet werden. Zudem muss Europol zu einer schlagkräftigen Analyse- und Informationseinheit als Servicestelle für die Polizeien der EU-Staaten ausgebaut werden.

- Um dem internationalen Terrorismus die Finanzmittel zu entziehen, sind bei der Vermögenseinziehung im gemeinsamen EU-Binnenmarkt zügig einheitliche Regelungen anzuwenden.

Deutschland braucht eine neue „Sicherheitsarchitektur“, die auf einer neuen „Sicherheitsphilosophie“ beruht. Für eine erfolgreiche Präventions- und Sicherheitspolitik müssen traditionelle Strukturen, Denkweisen und Zuständigkeiten überwunden werden. Angesichts der fundamentalen Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus muss die Wertegemeinschaft der Demokratien enger und effizienter zusammen arbeiten. Sie darf sich nicht durch Anschläge und Drohungen auseinanderdividieren lassen.

Das vollständige Konzept finden Sie unter www.cdu.de → Themen → Politik A-Z → Bundesfachausschüsse



Weiter auf Konsolidierungskurs

„Wir halten unser Versprechen, die Neuverschuldung im Haushalt 2005 auf 2,15 Milliarden Euro abzusenken und damit gegenüber dem Vorjahr um 350 Millionen Euro zurückzuführen.“

Das erklärten Ministerpräsident Christian Wulff und Finanzminister Hartmut Möllring im Anschluss an eine zweitägige Kabinettsklausur. Prioritäten würden im Haushalt bei Bildung, Arbeitsplätzen und innerer Sicherheit gesetzt.

Der Grundsatz der Nachhaltigkeit gelte vor allem für die Haushaltspolitik, sagte Wulff. „Ich möchte den Niedersachsen auch in zehn Jahren noch in die Augen sehen können. Schulden sind Lügen“, so der Ministerpräsident. Niedersachsen dürfe nicht wie die Bundesregierung in Berlin über seine Verhältnisse leben und das Geld der künftigen Generationen ausgeben. „Die von mir geführte Landesregierung hat Niedersachsen mit einer katastrophalen Verschuldung von 40 Milliarden Euro übernommen. Darum zahlen wir derzeit fast sieben Millionen Euro täglich allein für Zinsen“, erläuterte Wulff. Davon könnte das

Land täglich 56.000 Lehrer bezahlen, jeden Tag eine neue Schule bauen oder auch zehn Kilometer Landstraße. Das wären 3.650 Kilometer pro Jahr.

Niedersachsen muss wieder wachsen. „Darum werden wir trotz der harten Einschnitte weiter die Voraussetzungen für mehr Arbeitsplätze und ein Wirtschaftswachstum sowie bessere Bildungs- und Ausbildungschancen für junge Menschen schaffen“, sagte Wulff. Statt nach der Rasenmähermethode zu sparen, halte Niedersachsens Landesregierung an ihren Prioritäten fest. „Wir verzichten grundsätzlich auf Kürzungen im Bereich Technologie- und Innovationsförderung und ermöglichen die Fortführung regional bedeutsamer Infrastrukturprojekte in Cuxhaven und Braunschweig“, so Wulff.

Auch die volle Unterrichtsversorgung in Niedersachsen wird gehalten. „Wir werden auch weiterhin neue Lehrer einstellen“, kündigte Ministerpräsident Wulff an. Um zusätzliche Unterrichtsstunden zu erwirtschaften, werden Lehrer durch Verwaltungsbeamte aus den

aufzulösenden Bezirksregierungen entlastet, die an den Schulen Verwaltungsarbeiten übernehmen. Zudem können weitere Lehrer aus dem öffentlichen Dienst rekrutiert werden. Schon jetzt unterrichten 50 Förster an niedersächsischen Schulen.

„Wir haben versprochen, die innere Sicherheit in Niedersachsen zu erhöhen – das halten wir. Darum haben wir bereits 500 zusätzliche Polizeianwärter eingestellt“, betonte der Regierungschef. „In Zeiten knapper Kassen müssten bisweilen kreative Wege gesucht werden, um an das Ziel zu gelangen. „Wir haben die Vorschläge des Landesrechnungshofs genau geprüft. Wir werden bis zu 200 Mitarbeiter aus den aufzulösenden Bezirksregierungen in den Polizei-Verwaltungsdienst übernehmen, um Polizeivollzugsbeamte für den Vollzugsdienst freizusetzen. Frei werdende Stellen durch ausscheidende Beamte werden auch weiterhin durch neue Anwärter besetzt. Das Kabinett hat beschlossen, in den Jahren 2006 bis 2008 jeweils 100 zusätzliche Polizeianwärter einzustellen.“

Bis zu zwei Jahre Haft für „Stalking“

Bis zu zwei Jahre Freiheitsstrafe drohen Tätern, die andere Menschen durch systematisches Verfolgen, das so genannte „Stalking“, belästigen.

Das sieht ein Gesetzentwurf vor, den die hessische Landesregierung in den Bundesrat einbringen will. „Die bisherigen gesetzlichen Möglichkeiten reichen nicht aus, um Opfer vor ‘Stalking’ wirksam zu schützen“, erklärte Justizminister Christean Wagner bei der Vorstellung des „Stalking-



Christean Wagner

Bekämpfungsgesetzes“.

„Stalking“ ist ein systematisch-zielgerichtetes Nachstellen etwa durch

- Telefonterror
- fortwährende Versuche einer Kontaktaufnahme
- systematisches Verfolgen oder Beobachten des Opfers
- fortgesetzte Beschimpfungen und Bedrohungen bis hin zur Anwendung körperlicher Gewalt
- sowie die Bestellung von Waren unter dem Namen des Opfers.

Hierdurch können den Opfern erhebliche psychische und physische Schäden zugefügt werden.

RÜTTGERS MIT 98 PROZENT ALS LANDTAGSKANDIDAT NOMINIERT

Mit einem Traumergebnis von 98,4 Prozent ist der CDU-Landes- und Fraktionsvorsitzende Jürgen Rüttgers in Erftstadt-Lechenich als Direktkandidat für die Landtagswahl 2005 nominiert worden.

Er enthielt auf einer Mitgliederversammlung der CDU im Rhein-Erft-Kreis 376 von 382 gültigen Stimmen

Der ehemalige Bundesforschungsminister Jürgen Rüttgers gehört dem nordrhein-westfälischen Landtag seit der Landtagswahl 2000 an und ist seitdem

auch Vorsitzender der 88-köpfigen CDU-Fraktion.

In einer kämpferischen Rede schwor Rüttgers die rund 400 Mitglieder der CDU im Rhein-Erft-Kreis auf die anstehenden Wahlkämpfe ein: „Es muss gerecht zugehen und es muss wieder aufwärts gehen mit unserem Land. Ich bin ganz sicher: NRW kommt wieder.“ Der CDU-Vorsitzende bezog auch Position zu aktuellen regionalen bzw. landespolitischen Themen: „Die CDU sagt Ja zum BoA-Kraftwerk, aber Nein zur Konzentration in Nieder-



Jürgen Rüttgers

außem.“ Mit Blick auf geplante Mammut-Windkraftanlagen im Kölner Norden bekräftigte Rüttgers: „Der Windrad-Wahnsinn muss aufhören.“

Kabinettsumbildung in Baden-Württemberg

Gönner neue Sozialministerin

Mit jungen Politikern und weiblichem Ministernachwuchs will Ministerpräsident Erwin Teufel in den kommenden beiden Jahren Baden-Württemberg regieren.

Im umgebildeten Kabinett werden vier neue Ministerinnen und Minister sowie drei neue Staatssekretäre die Geschäfte übernehmen. „Wir haben nun ein Kabinett, dass für die weitere Zukunft Kreativität und Erneuerung gleichermaßen für Baden-Württemberg zum Ausdruck bringt“, sagte Teufel bei der Präsentation der designierten Kabinettsmitglieder, die am 14. Juli verein-



Tanja Gönner

digt werden sollen.

Überraschend wird die CDU-Bundestagsabgeordnete Tanja Gönner (34) aus Sigmaringen den bisherigen Sozialminister Friedhelm Repnik ablösen. Der 54-jährige tritt an die Spitze der

Staatlichen Toto-Lotto GmbH. Neuer Innenminister wird Heribert Rech (CDU); der ebenfalls 54 Jahre alte bisherige Staatssekretär übernimmt das Amt von Thomas Schäuble (CDU), der in den Vorstand der landeseigenen Rothaus Brauerei wechselt.

Den 38-jährigen Staatssekretär Stefan Mappus (CDU) beruft Teufel zum Nachfolger von Umwelt- und Verkehrminister Ulrich Müller (CDU). FDP-Fraktionschef Ernst Pfister (57) soll, wie bereits von seiner Partei angekündigt, auf den Chefessel des Wirtschaftsministeriums wechseln.

GESETZESINITIATIVE FÜR ISLAMISTISCHE ANTI-TERRORDATEI

Eine gemeinsame Datei aller Sicherheitsbehörden in Deutschland soll die Beobachtung und Bekämpfung des islamistischen Extremismus und Terrorismus verbessern.

Eine entsprechende Gesetzesinitiative im Bundesrat hat Niedersachsens Innenminister Uwe Schünemann angekündigt. Die Innenminister der unionsgeführten Bundesländer un-

terstützen die Initiative. Der Gesetzentwurf sieht vor, dass die Sicherheitsbehörden zur gegenseitigen Information über alle Daten des islamistischen Extremismus und Terrorismus verpflichtet werden. In die Datei sollen die Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern, das Bundeskriminalamt, die Landeskriminalämter sowie sonstige Polizeibehörden der Länder,

der Bundesgrenzschutz, der Bundesnachrichtendienst, der Militärische Abschirmdienst und das Zollkriminalinstitut Daten über Personen und Vorgänge, die im Zusammenhang mit dem islamistischen Extremismus und Terrorismus stehen, einstellen und abrufen können. Die gemeinsame Datei soll beim Bundesamt für Verfassungsschutz geführt werden.

Union hat wesentliche Verbesserungen für Agrarreform erreicht

Anlässlich der Debatte im Deutschen Bundestag zum Ergebnis des Vermittlungsausschusses zum Gesetz zur Umsetzung der EU-Agrarreform am 2. Juli 2004:

Es waren CDU und CSU, die für die deutschen Landwirte wesentliche Verbesserungen beim nationalen Gesetz zur Umsetzung der EU-Agrarreform erreicht haben. Frau Künast wollte massive Strukturbrüche und Umverteilungen in der Landwirtschaft bereits ab dem Jahr 2007. Dies ist für die Milchviehbetriebe und Rinderhalter nach zähen Verhandlungen verhindert worden. Das Abschmelzen der Tier- und Milchprämien wird auf 2010 und damit bis auf den Zeitraum nach der nächsten Überprüfung der EU-Agrarpolitik verschoben.

Auch für die Getreideregionen hat die Union erreicht, dass durch eine Länderoption ein Ausgleich für Verluste geschaffen werden kann. Hier werden jetzt die Bundesländer gefragt sein, vernünftige Modelle zu entwickeln.

Schließlich konnten die von Rot-Grün geplanten neu-



Gerda Hasselfeldt

en nationalen Wettbewerbsbeschränkungen durch einseitige Umweltauflagen zum Teil verhindert und praxisgerechtere Lösungen gefunden werden.

Bei allen erreichten Verbesserungen darf nicht vergessen werden: Ministerin Künast hat bei Verhandlungen zu den Luxemburger Beschlüssen vom Juni 2003 – diese sind die Grundlage des nationalen Gesetzes – die Interessen der deutschen Agrar- und Ernährungswirtschaft sträflich vernachlässigt! Als nächstes steht die Reform der Zuckermarktordnung an. Bei der Zuckerrübenproduktion ist Deutschland in Europa mit Frankreich zusammen führend. Es darf sich keinesfalls wiederholen, dass die rot-grüne Bundesregierung die Interessen der Landwirte wiederum leichtfertig aufs Spiel setzt.

Gerda Hasselfeldt ist

stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Gesamtkonzept zur Abwehr bioterroristischer Gefahren gefordert

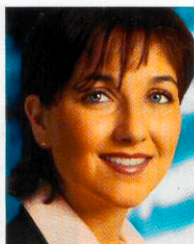
Zur Vorlage des Antrags „Gesamtkonzept zur Abwehr bioterroristischer Gefahren“:

Es ist unbedingt erforderlich, im Hinblick auf die unabsehbaren Gefahren durch bioterroristische Angriffe die Präventionsstrategien auch in Deutschland deutlich zu verstärken. Deutschland ist vor einem terroristischen Anschlag durch die Freisetzung biologischer Organismen und chemischer Stoffe nicht ausreichend geschützt.

Deshalb hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion einen entsprechenden Antrag im Deutschen Bundestag eingebracht. Darin fordert sie die Bundesregierung auf, Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen im Hinblick auf die Gefahrenabwehr zu intensivieren. Vor allem im Bereich der Grundlagenforschung, Diagnostik und Therapie bei den wesentlichen B-Kampfstoffregenern sind noch erhebliche Anstrengungen erforderlich. Es bedarf dringend einer



Hartmut Koschyk



Katherina Reiche

herunter geladen werden.

Hartmut Koschyk ist der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Katherina Reiche** die forschungs-

politische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Kinderbetreuung gegen Kommunen ausgespielt

Zum Reformbedarf im Bereich der Kinderbetreuung, zur Weigerung der Koalition die Gemeindefinanzen grundlegend neu zu ordnen und zum jüngsten Versuch, den Kommunen weitere Aufgaben ohne entsprechende Finanzierungsbasis aufzubürden:

Es ist unbestreitbar: In Deutschland besteht erheblicher Reformbedarf im Bereich der Kinderbetreuung. CDU und CSU haben dazu ein zukunftsweisendes Konzept vorgelegt, das enorme qualitative und quantitative Verbesserungen bringt. Die Koalition hat nun Gelegenheit, die ausgestreckte Hand der Union zu ergreifen und sich konstruktiv dieser wichtigen Aufgabe zu widmen.

Die jüngsten Verlautbarungen von Rot-Grün lassen jedoch nur einen anderen Schluss zu: Die Bundesregierung will das medienwirksame Thema Kinderbetreuung gegen die Kommunen ausspielen. So hält die Koalition – ungeachtet der schwerwiegenden Kritik der kommunalen Spitzenverbände – an ihrem Gesetzesentwurf zum Ausbau der Kindertagesbetreuung fest. Dieser beruht jedoch, wie die Jugendministerkonferenz eindeutig feststellte, auf einer völlig falschen Kostenberechnung.

Ebenfalls völlig abwegig ist der rot-grüne Finanzierungsvorschlag. Demnach sollen die Kommunen das Vorhaben mit ihrer so genannten „Entlastung“ aus der Hartz IV Reform finanzieren. Zur Erinnerung: Auf Drängen der Union werden die Kommunen in Zusammenhang mit der Einführung des Arbeitslosengelds II um 3,2 Mrd. Euro entlastet. Diese Entlastung war angesichts der gescheiterten rot-grünen Gemeindefinanzreform und dem 10 Mrd. Loch bei den kommunalen Investitionen dringend erforderlich!

Offensichtlich versteht Rot-Grün nicht, dass die fiskalische Entlastung der Landkreise und kreisfreien

Verbundforschung, die die Spitzenlabors auf den Gebieten der Infektionsforschung und der Abwehr bioterroristischer Gefahren zusammen führt. Es müssen eine umfassende Gefährdungsanalyse vorgelegt, ein bundesweit einheitliches Führungssystem für alle Rettungs- und Hilfskräfte bei Großkatastropheneinsätzen installiert und die Zusammenarbeit von Katastrophenschützern mit den Spezialisten der Streitkräfte intensiviert werden.

Darüber hinaus müssen aber auch die nationalen Aktivitäten stärker als bisher international vernetzt werden.

Die Bundesregierung muss angesichts der terroristischen Bedrohung auch mit ABC-Waffen endlich die erforderlichen Maßnahmen ergreifen und ihrer Verantwortung für den effektiven Schutz der Bevölkerung gerecht werden.

Der Antrag kann unter www.cducusu.de im Internet



Peter Götz

Städte durch die Hartz-IV Reform in keinem sachlichen Zusammenhang zu der durch die Kinderbetreuung anfallenden Mehrbelastung der kreisangehörigen Gemeinden steht. Die Hartz-IV-Entlastung orientiert sich in keiner Weise am tatsächlichen Bedarf zum Ausbau der Tagesbetreuung. Niemand, der sich mit Kinderbetreuung ernsthaft beschäftigt, kann ignorieren, dass es hier deutliche Unterschiede von Substanz und Bedarf gibt. Zu denken ist insbesondere an das Ost-West- und Stadt-Land-Gefälle. Wer die Kinderbetreuung in Deutschland effektiv verbessern will, darf dies nicht zentralistisch angehen. Die Entscheidungen sind vor Ort zu treffen.

Die Union will die Kinderbetreuung optimieren. Rot-Grün will die Kommunen prellen und stiftet erneut Verwirrung im kommunalen Lager. Wir fordern die Bun-

desregierung zu einer seriösen Kostenberechnung und nachvollziehbaren Finanzierungsvorschlägen auf. Erziehung, Bildung und Betreuung unserer Kinder verdienen mehr Ehrlichkeit!

Peter Götz ist der kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.



Norbert Röttgen

Europäisches Vorstrafenregister und EU-Gendatei zügig einrichten

Nach der Enttarnung des mutmaßlichen französischen Serienmörders Michel Fourniret:

Der belgisch-französische Fall des mutmaßlichen Serienmörders Michel Fourniret zeigt, dass es eine Lücke im europäischen Recht gibt. Ich unterstütze die Forderung der belgischen Justizministerin Laurette Onkelinx, so schnell wie möglich ein europäisches Vorstrafenregister einzuführen. Das Strafrecht und das Strafverfahrensrecht ist ein Kernbereich der inneren Sicherheit, die viel zu lange als Ausdruck nationaler Souveränität gesehen wurde. Deswegen gibt es bis heute nicht die Möglichkeit, europäische Richtlinien und Verordnungen in diesem Bereich zu erlassen, sondern

die Mitgliedstaaten müssen Verträge über die Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden schließen. Die Folge sind komplizierte und oft zeitraubende Rechts-hilfverfahren. Dies wird zwar mit der EU-Verfassung geändert. Doch bis diese ratifiziert ist und die ersten Gesetzgebungsschritte vorgenommen werden, wird es noch Jahre dauern. So lange dürfen wir nicht warten, wenn es um die Sicherheit in Europa und den Schutz der Opfer von Gewalttaten geht. Die Politik muss schneller handeln: Es müssen Abkommen geschlossen werden, um ein europäisches Vorstrafenregister und auch eine europäische Gendatei einzurichten. Es kann nicht sein, dass Kenntnisse über gefährliche Straftäter als Staatsgeheimnis gehütet werden.

Ob die Bundesregierung allerdings zu einer entsprechenden Initiative in Brüssel

bereit ist, ist zumindest fraglich. Bislang lehnt die Bundesregierung sogar ab, die Möglichkeiten der DNA-Analyse auszuschöpfen, obwohl die allein dazu dient, die Identität einer Person festzustellen und keine weiteren Erkenntnisse erlaubt und ermöglicht.

Norbert Röttgen ist der rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Herkules-der-Milliarden-Flop des BMVg

Zum Scheitern der Vergabe des Projektes Herkules an das Konsortium ISIC 21:

Das dreijährige Vergabeverfahren zur Auswahl eines industriellen Partners, das 2001 mit einem europaweiten Teilnahmewettbewerb gestartet wurde, um sämtliche Informations- und Datentechnologien der Bundeswehr unter einem Dach zusammenzufassen, ist gescheitert. Es musste scheitern. Die Union hat immer davor gewarnt, dass Großmannssucht und konkrete Interessen Einzelner im BMVg dazu geführt haben, einen Irrweg zu beschreiten.

Ziel des Projektes Herkules war es, die Kernfähigkeiten der Bundeswehr in der Informationstechnologie,

der Datenverarbeitung, der Bereitstellung des Datennetzes und den Betrieb der Rechenzentren, die Einführung der Software SASPF und die flächendeckende Bereitstellung von zentralen IT-Leistungen für die Bundeswehrangehörigen unter einem Dach zu bündeln und durch ein privates Konsortium betreiben zu lassen. Eine derartige Kooperation gibt es in keiner Armee der Welt, nicht einmal in der US-amerikanischen.

Das Scheitern dieses Konzeptes war von Anfang an absehbar, da die exakte Leistung, die von dem industriellen Partner erwartet wurde, nicht klar genug definiert war. Deswegen musste es zu Problemen kommen. Deshalb wurde seit dem November 2001 das Angebot von zwei Konsortien ausgetestet und mit den Bietern erörtert. Mit beiden Bietern wurde vereinbart, dass nach Abschluss der Vergabeverhandlung zunächst ein Ranking vorzunehmen ist, bei dem derjenige Bieter bestimmt wird, dem die größte Chance für eine erfolgreiche Vertragsverhandlung eingeräumt wird. Die weiteren Schritte sollten nur mit dem erstplazierten Bieter durchgeführt werden.

Der Start und das bis dahin durchgeführte Vergabe-

verfahren waren von massiver Kritik auch des Bundesrechnungshofes begleitet. Aus dem Raum des Haushaltsausschusses und vom Bundesrechnungshof wurde eine Fülle von Fragen gestellt, die immer wieder Probleme offen gelegt haben. Erst im Rahmen einer Due-Diligence nach der Ausschreibung wurde dem Bieter Gelegenheit gegeben, sich umfassend über den Ist-Zustand der IT in der Bundeswehr und die genauen Aufgaben und Rahmenbedingungen für eine zukünftige IT-Gesellschaft zu informieren. Auf dieser Grundlage wurde dann im Februar 2003 ein konkretisiertes Angebot abgegeben. Noch am 17. Mai 2004 hat das Verteidigungsministerium die Auffassung vertreten, dass dessen Auswertung ergeben hatte, dass die Verhandlungen mit Aussicht auf Erfolg geführt werden können.

Parallel dazu wurden hunderte von Millionen Euro investiert, um die Software der Bundeswehr weiter zu entwickeln. Unabhängig von dem laufenden Bieterverfahren waren hunderte von Software-Beratern im BMVg tätig und haben Kosten von mehreren hundert Millionen Euro verursacht.

Die Verhandlungen mit dem Konsortium ISIC 21, be-

stehend aus den Firmen CSC-Ploenzke AG, Mobilcom AG und EADS GmbH, haben sich als schwierig und zeitaufwändiger herausgestellt, als vom Verteidigungsministerium erwartet. Noch in der Vorlage an den Haushaltsausschuss vom 19. Mai 2004 ging das Ministerium davon aus, dass die abschließende Bewertung des „Business Case“ Ende Juni erfolgen sollte und die Verhandlungen zum 30.11. 2004 abgeschlossen werden könnten.

Die Verhandlungen sind auch deshalb gescheitert, weil kein Einvernehmen über den zu leistenden Preis erzielt werden konnte. Die Forderungen der Industrie für die inzwischen geforderte Leistung lag um einige hundert Millionen Euro über dem Angebot des BMVg. Das Angebot des BMVg wurde bereits im Jahre 2001 mit 6,6 Mrd. € für 10 Jahre festgelegt. Dies war schon damals falsch, da die Leistung noch nicht einmal definiert war. Zwischenzeitlich hat die rot-grüne Koalition im Haushalt eine Verpflichtungsermächtigung für spätere Jahre von 6,65 Mrd. € eingeplant. Dabei handelt es sich um virtuelles Geld, da weder im Jahre 2004 noch 2005 die beabsichtigten Ausgaben mit konkreten Beträgen unterlegt worden sind.

Die Vorgehensweise des BMVg muss nachdrücklich kritisiert werden. Zwar handelt es sich auch bei dem Thema Herkules um ein Erbe aus der Scharping-

Zeit. Die jetzt Handelnden hätten jedoch eher reagieren und die Vergabe weiterer paralleler IT-Projekte stoppen müssen. Die Kritik des Bundesrechnungshofes ist insoweit berechtigt. Das Verteidigungsministerium hat die Einschaltung weiterer Berater mit der Komplexität des IT-Projektes Herkules und der besonderen wirtschaftlichen Bedeutung des zu verhandelnden Vertragswerkes begründet. Dass der hohe Aufwand an Projektmanagementleistungen und hoch spezialisierter fachlicher Expertise weniger privater Unternehmen geholfen hat die Probleme zu verkleinern, muss nach dem bisherigen Verlauf bezweifelt werden.

Das Verteidigungsministerium hat zu wenig getan, eigenes Personal auszubilden und einzusetzen. Herkules hat die Entwicklung der Bundeswehr im Bereich der IT-Technologie über Jahre blockiert, da Anstrengungen in die falsche Richtung ge-



Dietrich Austermann



Thomas Kossendey

lenkt wurden. Hunderte von Millionen wurden verschwendet. Es wurde nicht zur Kenntnis genommen, dass das Anbieterkonsortium praktisch nicht mehr komplett an dem Angebot interessiert war. Herkules hat sich zu Maut II entwickelt.

Es ist Zeit, jetzt einen radikalen Schnitt zu machen, das Verfahren aufzuheben und kleinere Pakete zu bilden, die handhabbar sind. Dabei sollte auf die Fachkompetenz des Mittelstands in Deutschland, aber auch leistungsfähiger deutscher großer Unternehmen zurückgegriffen werden.

Ein belastbarer Zeitplan für das weitere Vorgehen muss dem Parlament umgehend vorgelegt werden. Die Ausgabe weiterer Mittel muss gestoppt werden.

Dietrich Austermann ist der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Thomas Kossendey** ist der Obmann der CDU/CSU im Verteidigungsausschuss.



Sonnenschirm

ohne Fuß

Bestell-Nummer: **0458**
 Preis je **1 Stück: 38,00 €**
 inkl. MwSt.: 44,00 €

Fußständer

für Sonnenschirme

Bestell-Nummer: **0459**
 Preis je **1 Stück: 6,50 €**
 inkl. MwSt.: 7,54 €

RESTPOSTEN!

Windbreaker „CDU“

100% Nylon, dunkelblau, Futterstoff dunkelblau: 65% Polyester, 35% Baumwolle. Ausstattung: Vorder und Taschenreißverschluss, Bündchenregulierung durch Zugband, mit Stopper und integrierter Kapuze.



Größe L: Bestell-Nummer: **9840**
 Größe XL: Bestell-Nummer: **9841**
 Größe XXL: Bestell-Nummer: **9842**
 Preis je Windbreaker: ~~20,90 €~~ **12,80 €**
 inkl. MwSt.: ~~24,88 €~~ **14,85 €**



CDU-Malblock

DIN A4, 30 Blatt

Bestell-Nummer: **9878**

Preis je **20 Stück: 28,00 €**

inkl. MwSt.: 32,48 €



CDU-Buntstifte

mit intensiver Farbkraft,
Bruch-, Wisch- und Wasserfest

Bestell-Nummer: **9250**

Preis je **10 Schachteln: 17,40 €**

inkl. MwSt.: 20,18 €



Plakat „1. Klasse – so sollte auch die Schulpolitik sein.“

DIN A1

Bestell-Nummer: **7035**

Preis je **50 St.: 19,00 €**

inkl. MwSt.: 22,04 €

DIN A0

Bestell-Nummer: **7036**

Preis je **50 St.: 28,75 €**

inkl. MwSt.: 33,35 €



Plakat „Willkommen in der 1. Klasse!“

DIN A1

Bestell-Nummer: **7679**

Preis je **50 St.: 19,00 €**

inkl. MwSt.: 22,04 €

DIN A0

Bestell-Nummer: **7680**

Preis je **50 St.: 28,75 €**

inkl. MwSt.: 33,35 €



Mini-Schultüte

Inhalt: 4 Buntstifte, Radiergummi, Bleistift und CDU-Vitaminbonbons

Bestell-Nummer: **9657**

Preis je **10 Stück: 15,30 €**

inkl. MwSt.: 17,75 €

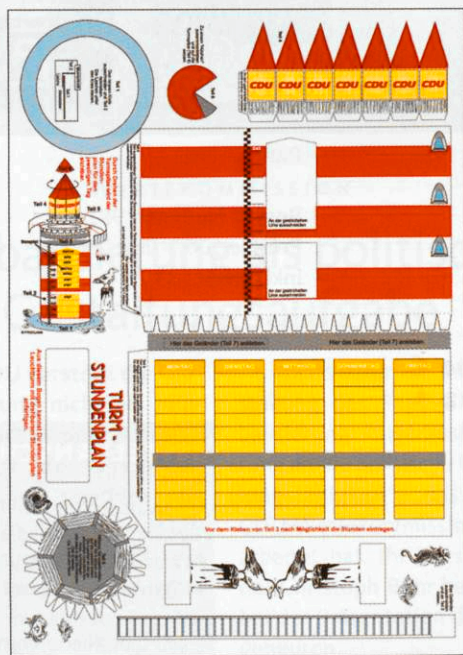


Stundenplan

Bestell-Nummer: **9258**

Preis je **250 Stück: 10,20 €**

inkl. MwSt.: 11,83 €



Bastelbogen mit Stundenplan „Leuchtturm“

Bestell-Nummer: **9745**

Preis je **25 Stück: 10,20 €**

inkl. MwSt.: 11,83 €



Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.

RESTPOSTEN!



Straßenatlas Deutschland

Mit Durchfahrtsplänen
der Ballungszentren

Bestell-Nummer: **9260**

Preis je **10 Stück: 5,00 €** ~~12,00 €~~ **12,00 €**
inkl. MwSt.: ~~17,40 €~~ **13,92 €**



Parkscheibe

Bestell-Nummer: **9814**

Preis je **100 Stück: 28,63 €**
inkl. MwSt.: 33,21 €

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
Bertelsmann-Versandzentrum
Postfach 1162, 33759 Versmold
Telefax 05241-8041892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de